

lichen) Vorteils in Zusammenhang mit den sozialen Einschränkungen eingeführt werden; dabei sollen Propagierung und Erziehung, umfassende Dienstleistungen und wissenschaftliche Kontrolle miteinander koordiniert werden. (RMRB, 12.3.96)

China kann es sich auch in den kommenden fünf Jahren nicht leisten, die strengen Bestimmungen über Geburtenplanung zu lockern. Allerdings soll der offiziellen Politik zufolge künftig noch mehr auf Überzeugungsarbeit anstatt auf Zwang gesetzt werden, d.h., der Bevölkerung soll der Zusammenhang zwischen Bevölkerungsproblem, wirtschaftlicher Entwicklung, begrenzten Ressourcen und Umweltschutz klargemacht werden; zugleich soll darauf hingearbeitet werden, Familienplanung nicht nur als Einschränkung, sondern auch als Vorteil zu sehen. -st-

*(12)

Frauentag: Rückkehr zur alten Tagesordnung?

Anläßlich des Internationalen Frauentages versammelten sich am 8. März über 600 Frauen aus ganz China zu einer Festveranstaltung in der Großen Halle des Volkes in der Hauptstadt. Von Parteiseite war Hu Jintao, Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros und des ZK-Sekretariats, vertreten, daneben waren weitere Partei- und Regierungsführer erschienen, allerdings weder der Generalsekretär des ZK noch der Ministerpräsident. Man war gespannt gewesen, ob dem ersten Frauentag nach der im vergangenen September in Beijing abgehaltenen Weltfrauenkonferenz nun in den chinesischen Medien besondere Aufmerksamkeit gewidmet würde. Dies war nicht der Fall, vielmehr trat die Veranstaltung zum Internationalen Frauentag aufgrund der gleichzeitig tagenden NVK-Vollversammlung völlig in den Hintergrund. In den beiden großen Tageszeitungen RMRB und GMRB waren jeweils nur auf der vierten Seite kürzere Artikel über die Veranstaltung zu lesen. Dies scheint symptomatisch für die gegenwärtige Situation der Frau in China. Der Schwung und die neuen Impulse, die die chinesische Frauenbewegung durch die Weltfrauenkonferenz erfahren hatte, scheinen mittlerweile verfliegen. Die in den Zeitungsberichten über die Veranstaltung zum Frauentag in Zusammenfassung wiedergegebenen Reden Hu Jintaos und Chen Muhuas (Präsidentin des Chinesischen Frauenverbandes)

des) gehen nicht über die altbekannten Floskeln früherer Jahre hinaus. Da werden die herausragenden Beiträge der Frauen zum Aufbau der sozialistischen materiellen und geistigen Kultur erwähnt, und die Frauen werden aufgefordert, hart zu arbeiten und sich in einheitlichem Kampf dem Aufschwung der chinesischen Nation zu widmen. Chen Muhua versicherte den Teilnehmerinnen, daß China der Beijinger Deklaration und der Aktionsplattform (beide auf der Weltfrauenkonferenz verabschiedet) große Aufmerksamkeit schenke und die Frauenfrage auch künftig für die Regierung wichtig sei. Man werde die Sache der Frauen unterstützen, darauf achten, daß mehr weibliche Kader herangebildet, die Arbeitsbedingungen der Frauen verbessert, die legalen Rechte der Frauen und Kinder geschützt und gesellschaftliche Diskriminierung gegen Frauen unterbunden würden. Wie Hu Jintao rief auch sie die Frauen dazu auf, in ihren jeweiligen Berufen für die Erfüllung des 9. Fünfjahrplans zu kämpfen. (RMRB, GMRB, 9.3.96)

Hier wird die Frau letztlich auf ihre Rolle in der Modernisierung, auf ihre ökonomische Rolle reduziert. Die Frauen haben "zu funktionieren" wie alle gesellschaftlichen Gruppen, d.h. sie haben gemeinsam mit allen Chinesen an dem großen nationalen Projekt mitzuarbeiten, China reich und stark zu machen. Alle frauenspezifischen Fragen, etwa der Rollenkonflikt der Frau, das neue Frauenbild, die Frauenemanzipation usw., über die es in den der Weltfrauenkonferenz vorausgegangenen Jahren in den Medien eine breite Diskussion gab, sind ausgeklammert. Zwar werden diese Themen in den Zentren für Frauenforschung und anderen "Insider"-Kreisen weiterhin behandelt, entscheidend aber ist, daß sie in der Öffentlichkeit nicht mehr präsent sind. Bezeichnend hierfür ist, daß die Frauenseite, die die *Guangming-Zeitung* im Frühjahr 1992 eingerichtet hatte, mit Beginn des Jahres 1996 eingestellt wurde. Der Eindruck ist nicht von der Hand zu weisen, daß alle offiziell geförderten Frauenaktivitäten der vergangenen Jahre nur im Hinblick auf die Beijinger Weltfrauenkonferenz eingeleitet wurden und daß man nun wieder zur alten Tagesordnung zurückkehrt. -st-

Außenwirtschaft

*(13)

EU und China: Spannungen im bilateralen Handel

Mit der Neuordnung des Allgemeinen Präferenzsystems (APS) wird die Europäische Union (EU) China schrittweise von den Zollvorteilen für den Import ausschließen. Das APS, das über Zollpräferenzen für Fertigprodukte den Entwicklungsländern den Marktzutritt zum EU-Markt erleichtert, wird nach Angaben im *Handelsblatt* vom 18.3.96 für China in zwei Schritten abgeschafft. Zum 1.1.97 verliert China die Zollvorteile für 23,8% der Importe und zum 1.1.98 für einen weiteren Anteil von 36,1%.

Anfang 1996 wurden bisher zollfreie Exporte dem System der "Präferenzspannen auf den Gemeinsamen Zolltarif" unterstellt. Die hierunter fallenden Waren sind nach der Empfindlichkeit für die europäische Industrie ("Hochempfindliche", "Empfindliche", "Halbempfindliche" und "Unempfindliche Waren") kategorisiert erhalten unterschiedliche Zolltarife mit Präferenzzöllen von 85%, 70%, 35% etc. des Gemeinsamen Zolltarifs der EU.

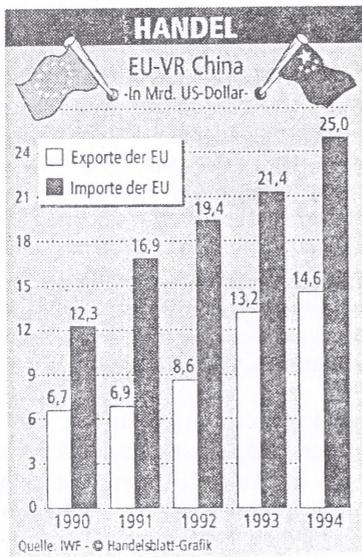
Entscheidendes Kriterium für den Abbau der Präferenzspanne ist der Marktanteil in einem bestimmten Sektor. Chinas Marktanteil unter den Entwicklungsländern soll nach Angaben im *Handelsblatt* bei gegenwärtig 29% liegen. Entfallen auf ein Land mehr als 25% der Gesamtexporte der bevorzugten Länder, werden die Präferenzspannen aufgehoben. Diese für alle Länder geltende Regelung trat bereits zum 1.1.96 in Kraft. Damit galt für eine Reihe chinesischer Exporte wie Chemieprodukte, bestimmte Textilien und Bekleidung, Glas, Keramik etc. in die EU bereits ein höherer Zolltarif als zuvor. Gegen die Neueinstufung innerhalb des APS hat China bei der EU protestiert.

Auch die Frage des Dumping durch chinesische Unternehmen ist erneut zum Streitpunkt zwischen China und der EU geworden. Aktueller Anlaß ist ein Dumpingverfahren, das am 22.2.96 gegen rd. 30 chinesische Unternehmen eingeleitet wurde. Ihnen wird vorgeworfen, unbleichte Stoffe und Gewe-

be zu Dumping-Preisen in die EU exportiert zu haben, um sich dort einen Marktanteil zu sichern. Im letzten Jahr exportierte China ungebleichte Stoffe und Gewebe mit einem Wert von 96 Mio. US\$, so daß die EU bereits als wichtiger Markt für China gilt.

Duang Ming vom China National Textile Council soll vor den negativen Beschäftigungsfolgen für China gewarnt haben, falls tatsächlich Dumping festgestellt werden und China Sanktionen erhalten sollte. Duan Ming führte an, daß es sich bei den Produkten um Exporte handelt, die unter die Exportquotenbeschränkungen fallen und vergleichsweise strenger Überwachung durch die chinesische Regierung unterliegen. (IHT, 11.3.96)

Wie sich der bilaterale Handel in den letzten Jahren entwickelt hat, zeigt die folgende Abbildung, die auf US-Dollar-Werten basiert. -schü-



(HB, 18.3.1996)

*** (14) Rückt Chinas WTO-Beitritt in weite Ferne?**

In Genf wurden am 20.3.96 die Gespräche zum Beitritt Chinas in die WTO wieder aufgenommen. Vor Beginn der Gespräche hat China detaillierte Listen über die Reduzierung von rd. 4.000 Importzöllen vorgelegt sowie Listen für die Aufhebung von Quoten und Lizenzen bei rd. 170 Zollkategorien. Weiterhin übergab die chinesische Seite Dokumente über die Industrie- und Landwirtschaftspolitik sowie über das System der Wareninspektion. Nach multilateralen Verhandlungen mit rd. 20 WTO-Mitgliedern in den ersten drei Tagen stehen anschließend bilaterale Verhandlungen auf dem Programm. (XNA, 22.3.96)

Im Vorfeld der Gesprächswiederaufnahme hatten chinesische Vertreter nochmals die offizielle Position der Regierung betont, die zu keinen zusätzlichen Zugeständnissen bereit ist und in der Nicht-Aufnahme in die WTO die Diskriminierung einer zukünftigen wirtschaftlichen Supermacht sieht. So betonte Li Zhongzhou, Generaldirektor der Abteilung für internationalen Handel beim MOFTEC, daß die WTO-Mitglieder von den tatsächlichen Bedingungen Chinas ausgehen und nicht solche Forderungen stellen sollten, die sein Land unmöglich erfüllen könne. Auch sei nicht zu erwarten, daß China die eigene Wirtschaftsentwicklung für einen WTO-Beitritt opfern würde. Unrealistisch sei es letztlich, daß China unter Zwang dazu bereit sei, untragbare Bedingungen zu akzeptieren.

Auch die Positionen der WTO-Mitglieder, allen voran der USA, Japans und der EU, scheinen unverändert. So besteht zwar Einigkeit, daß China in die WTO aufgenommen werden soll, doch wird eine stärkere Marktöffnung, insbesondere für Finanzdienstleistungen, eine berechenbare Handelspolitik sowie eine bessere Überwachung der Urheberrechte erwartet. Der US-Handelsbeauftragte Mickey Kantor wies vor kurzem auch darauf hin, daß weder die USA noch Japan dazu bereit seien, den EU-Vorschlag über eine vorläufige Mitgliedschaft Chinas in der WTO während der laufenden Verhandlungen mitzutragen. (SCMP, 18.3.96)

Der neue Zeitplan für das weitere Vorgehen zur Aufnahme Chinas in die WTO sieht zunächst Verhandlungen in den nächsten Monaten bis Ende Juli d.J. vor. Es wird damit gerechnet, daß die Anpassung der Entwürfe zum Beitrittsprotokoll sowie der Bericht der China-Arbeitsgruppe frühestens gegen Jahresende vorliegen wird. Mit einem Beitritt wird demnach wohl kaum im Jahre 1997 zu rechnen sein. (NZZ, 23./24.3.96) -schü-

Binnenwirtschaft

*** (15) Rechenschaftsbericht zum Staatshaushalt 1995**

Finanzminister Liu Zhongli legte während der NVK-Tagung Anfang März 1996 den Bericht zur Implementation

des Staatshaushalts 1995 vor. Die wirtschaftliche Situation des Vorjahres charakterisierte Liu als ausgeglichen; die Wirtschaftsstruktur habe verbessert und die Inflation deutlich reduziert werden können. Die gesamtwirtschaftlichen Ziele hätten erreicht sowie die Planungsansätze für den zentralstaatlichen Haushalt und die lokalen Haushalte zufriedenstellend realisiert werden können.

Nach vorläufigen Angaben beliefen sich die Staatseinnahmen auf insgesamt 618,773 Mrd. Yuan und überstiegen damit um 8,7% den Haushaltsansatz. Gegenüber 1994 erhöhten sich die Einnahmen um 18,6%. Den Einnahmen standen Ausgaben in Höhe von 680,917 Mrd. Yuan gegenüber, die um 7,1% den Haushaltsansatz überstiegen; im Vergleich zu 1994 erhöhten sich die Ausgaben um 17,6%. Das Defizit im Staatshaushalt wird mit 62,144 Mrd. Yuan angegeben.

Entsprechend der Zweiteilung des Staatshaushalts in einen Regulären Haushalt und einen Investbauhaushalt ergeben sich folgende vorläufige Ergebnisse:

Staatshaushalt 1995 (Mrd. Yuan)

(Haushalte der Zentralregierung und Haushalte der Lokalregierungen)

1. Regulärer Haushalt

Einnahmen	596,156
darunter:	
Steuern	570,555
Sonstige Einnahmen	40,474
Subventionen f. nicht produkt. Unternehmen	-14,873
Ausgaben	507,770
darunter:	
Ausgaben für nicht-prod. Investbauproj.	23,576
Öffentliche Aufgaben der Entwicklung und sozialen Sicherung	196,688
-Bildung	88,799
-Forschung	9,614
Staatsaufbau	158,047
-Verwaltung	54,628
-Verteidigung	63,677
Preissubventionen	36,432
Saldo	+ 88,386